

Redaktion u. Expedition:
Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Tel. A7 Schönhoff 292-297

Erscheint täglich außer Sonntag.
Zugleich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis
für beide Ausgaben 75 Pf. pro Woche, 3,25 M. pro
Monat (davon 57 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus)
bei voraus zahlbar. Postbezug 3,97 M. einschließlich
9 Pf. Postverteilungs- und 72 Pf. Postbestellgebühren.

Spätausgabe des „Vorwärts“

Einzelgenpreis:
Die 1. Hft. 10 Pf.
Die 2. Hft. 10 Pf.
Die 3. Hft. 10 Pf.
Die 4. Hft. 10 Pf.
Die 5. Hft. 10 Pf.
Die 6. Hft. 10 Pf.
Die 7. Hft. 10 Pf.
Die 8. Hft. 10 Pf.
Die 9. Hft. 10 Pf.
Die 10. Hft. 10 Pf.



Schluß mit der Mordseuche!

Selbst die Regierungspresse fordert das jetzt!

„Unter allen Umständen und schonungslos muß Schluß mit der neuen Mordseuche gemacht werden und zwar sofort.“ Diese Forderung stellt die „M.Z.“ an die Spitze ihrer neuesten Ausgabe. Leider, fügt sie hinzu, scheint es sich zu bestätigen, daß sich diesmal auch innerhalb der radikalen Rechten Elemente gefunden haben, die sich an Leib und Leben politischer Gegner vergreifen. Im übrigen kommt sie auf ihr Universalmittel zurück: Die Nazis müssen in die Regierung — dann werden sie aufhören zu morden.

Die „Berliner Börsenzeitung“ gibt zu verstehen, daß es zwar um abgeschlossene Sozialdemokraten und Kommunisten nicht schade sei, aber im Interesse der Staatsautorität müßten die Nazis „ihre begreifliche Wut zügeln“. Wenn es dem Braunen Hauße nicht gelinge, die Ausschreitungen binnen kürzester Frist abzustoppen, werde „mit drakonischer Schärfe“ vorgegangen werden.

Klarer und eindeutiger stellt sich die „Germania“, die ja augenblicklich nicht zur Regierungspresse gehört, zu den ostpreussischen Ereignissen. Sie verweist auf die peinliche Lage der Papen-Regierung, die angeblich im Interesse an Ruhe und Ordnung die preussische Regierung verdrängte um nun Ruhe und Ordnung durch ihre eigenen Schlingel so schwer gestört zu sehen. Wo blieben die „drakonischen Mittel“ gegen dieses Treiben:

Warum wird hier nicht durchgegriffen? Hat man etwa Bedenken, mit einer entschiedenen Entwaffnungsfaktion der SA. wehe zu tun? In anderen Fällen, wo die Dinge staatsrechtlich und politisch viel schwieriger lagen, hat die Regierung sehr viel schneller den Mut zum Handeln gefunden. Die Aufgabe der Regierung, den politischen Terror, wo immer er auftritt, mit allen staatlichen Nachmitteln zu unterbinden, liegt doch wohl rechtlos klar auf der Hand. Will man die Dinge weiter treiben lassen, bis aus der Saat der bisherigen Vorgänge, die den Rechtsstaat selbst in Gefahr bringen, eine noch verhängnisvollere und für die Staatsautorität selbst gefährliche Ernte erwächst?

Die „Germania“ unterscheidet sich von der derzeitigen Regierungspresse vorteilhaft dadurch, daß sie die Verantwortung der NSDAP. für die neue Mordseuche klar feststellt. Im übrigen werden alle Versuche der Regierungspresse, diese Verantwortung zu verdunkeln, von der nationalsozialistischen Presse selbst zum Scheitern gebracht. Ein Blick auf die Heberchristen im „Völkischen Beobachter“ genügt:

- Selbstschuß gegen die marxistischen Bluthetzer.
- Der Volkszorn richtet sich gegen die rote Heberpresse.
- Kommunistisches Heberblatt beschossen.
- Sprengkörper gegen das Liegnitzer Volkshaus.
- Schüsse auf das Goldberg Landratsamt.

Die Beschießungen von Redaktionen, Volkshäusern und Landratsämtern werden somit als „Selbstschuß“ und „Volkszorn“ rubriziert.

Befanntlich wurden auch in Marienburg die Wohnungen mehrerer Amtspersonen und republikanischer Führer nächtlicherweise unter Feuer genommen. Was schreibt der „Völkische Beobachter“ — Herausgeber Adolf Hitler — dazu als Heberchrist?

„Verzweiflungstaten auch in Marienburg.“

Adolf Hitler schlägt die Revolverstutzen und Handgranatenhelden in seine schützenden Arme. Ein feiner Volksführer! Und eine feine Regierungspartei!

Das Rumpfkabinettt sikt. Wegen der öffentlichen Ordnung.

Heute vormittag 11 Uhr sind die in Berlin anwesenden Reichsminister zu einer Besprechung über die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit im Reich zusammengetreten. Der Reichstanzler und der Reichswehrminister nehmen an dieser Besprechung nicht teil, da sie außerhalb Berlins sind. Am Nachmittag hält die preussische Kommissarsregierung eine Besprechung über das gleiche Thema ab.

Die ungarische Hängejustiz soll am 6. August in Miskolcz an dem Kommunisten Karikas die Erschießung eines Geislichen in der Räterepublik vor dreizehn Jahren rächen. An „Schuldbeweisen“ wird kein Mangel sein. 25 Mitgefangene der inzwischen Gehentten, Fürst und Szallai, haben in Budapest sechs Jahre gehungert und sollen nun auch noch mit Dunkelarrest in Ketten bei Wasser und Brot bestraft werden!

Ostpreußen im Fieber

Die Erregung wächst stündlich

R. B. Königsberg, 4. August, 13 Uhr.

Sobald läuft die Nachricht ein, daß auf das Amtsgericht Mehlanen im Kreis Labiau ein Sprengstoffattentat verübt worden ist. Personen sollen nicht verletzt worden sein. Jedoch ist erheblicher Sachschaden an der Einrichtung und den Akten entstanden.

Die Ermittlungen wegen der Brandstiftungsattentate am Montagmorgen — es handelt sich um die Heberfälle auf das Otto-Braun-Haus, die demokratische „Sartungische Zeitung“ und die Inbrandsetzung von drei Tankstellen — sind abgeschlossen. Das Material ist an den Staatsanwalt gegangen. Die Er-

„Königsberger Volkszeitung“, Wyrzatsch, die an dem Attentatsmorgen von den Tätern als erste an der Wohnungstür überfallen wurde, hat bereits am Dienstag bei der Kriminalpolizei beantragt, den Verhafteten gegenübergestellt zu werden. Sie hat bis heute noch keine Vorladung erhalten. Dazwischen eine Reihe Verhafteter wieder entlassen worden ist, hat sich Frau Wyrzatsch direkt bei dem Polizeipräsidenten beschwert und gefordert, daß sie sofort den Verhafteten gegenübergestellt wird.

In der Parteizentrale Königsberg häuft sich das Material über nationalsozialistischen Terror in der Provinz zu Bergen und jeden Tag laufen neue Hiobsbotschaften ein. Die Berichte aus Allenstein, wo die Sozialdemokratie bei der Reichstagswahl sehr gut abgeschnitten hat, sind ein einziger Rotzrei der terrorisierten Bevölkerung. Man muß ganz klar aussprechen: So wie bisher geht es nicht weiter! Die Lage ist zum Zerreißen gespannt! Die Führer der Partei in Ostpreußen haben bisher noch mit äußerster Energie die erregten Mitglieder von Vergeltungsmahnahmen zurückhalten können; aber aus der Provinz vom gepeinigten flachen Lande erschallt immer lauter der Ruf nach schärfsten Abwehrmaßnahmen. Kleine Anlässe können in dieser Situation genügen, um das Pulverfaß in Ostpreußen zur Explosion zu bringen. Die Autorität des Staates hat nicht wiedergutzumachenden Schaden erlitten. Immer wieder hört man in den kleinen Städten und auf den Dörfern erbitterte Vorwürfe gegen eine Regierung, die die republikanische Bevölkerung schutzlos dem brutalen Terror von SA-Banden überläßt.

Nur einige Beispiele aus dem bei der Partei in Königsberg aufgestapelten Material mögen die Zustände in Ostpreußen kennzeichnen:

Blutterror in Allenstein.

In der Nacht vom 30. zum 31. Juli stürmten SA-Banden das Arbeiterlokal Konkordia, dabei wurden zwei Arbeiter lebensgefährlich verletzt.

In der Nacht zum 1. August erfolgte ein zweiter Sturm auf das Gasthaus Konkordia. Er wurde von Arbeitern und herbeigeeilter Polizei zurückgeschlagen.

In der Nacht vom 1. zum 2. August überfielen SA-Banden in allen Teilen der Stadt Arbeiter, Reichsbannerkameraden, Personen, die das Abzeichen der Eisernen Front und der KPD. trugen. Die SA-Leute zeigten sich ganz frech nach außen hin schwer bewaffnet!

Am Abend des 2. August wurde ein Trupp badender Arbeiter von SA-Leuten mit Armeepistolen OS beschossen. Die wehrlosen Arbeiter konnten sich nur durch die Flucht retten.

An dem gleichen Abend wurde ein Arbeiter, Karl Bagojat, der mit seinem Kinde am SA-Heim vorbeiging, von sieben Nazis ergriffen, in den Vorgarten des SA-Heims geschleift, mit Messern gestochen und mit Füßen getreten. Er liegt in bedenklichem Zustande danieder.

In der Nacht vom 2. zum 3. August stieg die Unruhe in der Bevölkerung, weil

von allen Seiten SA-Kolonnen der Stadt zustrebten.

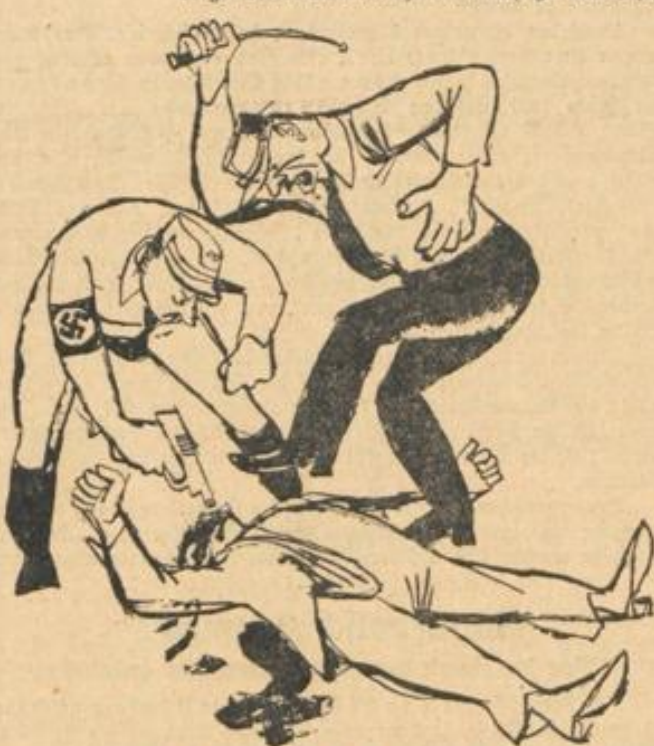
Die Führer des ADBB, der Eisernen Front, der Sozialdemokratie, der christlichen Gewerkschaften sowie der KPD. traten am Mittwochabend zu einer Beratung zusammen und forderten durch eine Delegation bei der Polizei sofortige Schließung der hiesigen SA-Kaserne und den Abtransport der auswärtigen SA-Truppen. Heute mittag um 2 Uhr wird diese Delegation mit dem Regierungspräsidenten verhandeln. Die Erregung der Allensteiner Bevölkerung ist derart, daß die Gefahr einer Notwehraktion ständig gegeben ist. In diesem Sinne haben die an der Konferenz Beteiligten vom Zentrum bis zur KPD. auch die zuständigen Regierungsstellen unterrichtet.

Goldap.

In Goldap wurde gleichfalls in der Wahlnacht ein Heberfall auf das Gewerkschaftshaus verübt. Die Nazis konnten aber zurückgeschlagen werden. Ein zweiter Versuch konnte dadurch von vornherein zunichte gemacht werden, daß die durch

„Notwehr“

Der „Völkische Beobachter“ bezeichnet die Königsberger Morde als Notwehr und berechtigte Volksjustiz.



„Drüd“ ab! Erstens ist es Notwehr, zweitens Volksjustiz und drittens hat nur das System schuld!“

mittlungen über die Mordanschläge sind dagegen noch nicht beendet. Der Polizeipräsident von Königsberg hat der Nationalsozialistischen Partei und der Kommunistischen Partei erklärt, daß die heutigen Vergräbnisse nicht zu den gewöhnlichen Zeichenbegängnissen zu rechnen sind und daher nach Reichsrecht verboten werden. Hierzu erfahre ich soeben, daß gegen 12 Uhr ein Schnellastwagen der Polizei — die Beamten mit Karabinern bewaffnet — vor das Leichenschauhaus der Universitätsklinik gefahren kam und die Leiche des ermordeten kommunistischen Stadtrats Sauff abgeholt hat. Es hatten sich schon jetzt, drei Stunden vor der angeführten Heberführung der Leiche eine nach vielen Hunderten zählende Menschenmenge angesammelt, die dem Ermordeten das letzte Geleit geben wollte. Die Polizei räumte den Platz und führte die Leiche auf dem Schnellastwagen fort. Die Frau des schwerverletzten Chefredakteurs der

Landjäger verstärkte Polizei rechtzeitig verständigt wurde. Die Landjäger waren gezwungen,

mit entschulten Karabinern gegen die SA.

vorgehen, die auf der Flucht vier Pistolen verlor. Am anderen Morgen wurden auf dem benachbarten Kartoffelfeld noch sechs Brownings gefunden!

Eine Anzahl weiterer Ueberfälle werden aus Heiligen-Linde, aus Kistadt im Kreise Mohnungen, aus Dischewen, aus Lyl, aus Löhren und verschiedenen anderen Orten der Provinz gemeldet. Es ist nahezu unmöglich, alle einzelnen Fälle, von denen ein jeder dem anderen an Brutalität gleichkommt, zu verzeichnen.

Ich konnte heute den ehemaligen sozialdemokratischen Landrat Lufft aus Gerdauen sprechen. Gegen diesen Landrat hat das hiesige Raziorgan

seit Tagen eine neue wilde Hehe

entziffelt. Was mir der Genosse Lufft über den Wahlkampf in Gerdauen und die Zustände in dem Kreise nach seiner Absetzung erzählte, spottet jeder Beschreibung. Die Nazis hatten während des Wahlkampfes die Chauffeen blockiert, Rollkommandos an den Kreuzpunkten aufgestellt, ständigen Telephon- und Motormelbedienstet eingerichtet und andere Telephone bespitzelt. Ueberall waren Mißhandlungen an der Tagesordnung.

In der zweiten Stadt des Kreises, in Rordenburg, fand am 30. Juli eine glänzende sozialdemokratische Wahlersammlung statt. Außerdem war auch eine deutschnationale Versammlung genehmigt. Die Nazis, die gleichfalls, aber verspätet und in unmittelbarer Nähe der sozialdemokratischen Kundgebung eine Versammlung angemeldet hatten, erhielten hierzu keine Erlaubnis, da die Gefahr von Zusammenstößen gegeben war. Darauf zogen die berüchtigten Naziagitatoren, der Direktor der Landwirtschaftsschule Krüger, und der Rittergutsbesitzer Dr. Horn auf das Landratsamt in Gerdauen, wo sich der Kreisobersekretär als Vertreter des Landrats befand. Nach groben Beschimpfungen wegen des Verbots der Naziversammlung in Rordenburg forderten die Nazisführer den Beamten auf, sich zu erklären, welche politische Gesinnung er habe und ob er die Maßnahmen des Landrats billige. Die frechen Provokateure wurden von dem Beamten aus dem Gebäude verwiesen.

Die Verhegung im Kreise Gerdauen geht soweit, daß die zu Ehren der „Niobe“-Besetzung auf Halbmaß gesetzte

Reichsflagge von Nazis heruntergerissen,

in den Schmutz getreten und an ihrer Stelle das Hakenkreuz hochgezogen wurde.

Es gibt in Ostpreußen auch für staatliche Beamte kein Brief- und Telephonheimlichnis mehr. In der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag vor der Reichstagswahl traf das Telegramm mit der Absetzung des sozialdemokratischen Landrats Lufft in Königsberg ein. Bevor der Landrat aber das Telegramm in Gerdauen erhielt, war der Naziagitor Krüger bereits über die Absetzung informiert. Das Gerücht über die vollzogene Absetzung hatte sich bereits in Gerdauen herumgesprochen, bevor der Landrat das amtliche Telegramm in Händen hatte.

Der Gesinnungsterror, der von den Nazis ausgeübt wird, wird am besten durch folgenden Fall gekennzeichnet: Der Vorsitzende des Kreisaußschusses, Dr. Steputat, ehemaliger Landespräsident von Memel, ist der Vertreter des Landrats. Dieser wurde am Morgen nach der Absetzung des Landrats von den Nazis daraufhin gestellt, eine Erklärung abzugeben, wie er als Vertreter des Landrats die Verwaltungsgeschäfte zu führen gedachte. Selbstverständlich weigerte sich Dr. Steputat, auf diese provokatorische Anfrage eine Erklärung abzugeben.

Bomben in München.

Die Seuche breitet sich aus.

München, 4. August. (Eigenbericht.)

In der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag haben die aufbauwilligen Kräfte Papens auch in München ihr neues Terror-system ausprobiert. So wurde der isoliert auf einer Wiese stehende Holzhaus des Jugendvereins Neuhausen in Brand gesteckt. Anwohner der Straße hörten kurz nach Mitternacht einen explosionsartigen Knall und sahen bald darauf dicke Rauchschwaden aus dem unbewohnten Jugendheim dringen. Die alarmierte Feuerwehr verhinderte die vollständige Zerstörung des Hauses, doch ist der Sachschaden im Innern sehr groß. Nach der bisherigen Untersuchung ist der Brand auf eine Bombe zurückzuführen, die durch ein Fenster in das Hausinnere geworfen wurde. Die ersten Beobachter des Brandes bemerkten beim Herannahen einige fliehende Radfahrer. Nach weiteren Angaben von Insassen des Tagesheims haben Nationalsozialisten wiederholt damit gedroht, das Haus bei der nächsten Gelegenheit in Brand zu stecken. Kurz darauf kam auch aus dem benachbarten städtischen Stadion eine Feuermeldung. Dort war ein Bierzelt vorzüglich angezündet worden und außerdem das Wäckerhäuschen der Straßenbahn.

Weiter wurde um 3 Uhr ein Schaufenster des Kaufhauses Uhlfelder eingeschlagen und ein mit einem Explosionsstoff gefülltes Rohr in die Geschäftsräume geschleudert, das aber nicht explodierte. Auch in dem benachbarten Kaufhaus Epa wurden zwei Schaufenster demoliert. Als Täter wurden zwei Motorradfahrer beobachtet, die unerkannt flüchten konnten.

In dem vor München gelegenen Dachau wurden gegen die Schaufenster der Bayerischen Volkspartei-Zeitung „Ampere Bot“ von unbekannten Tätern Steine geworfen. Die Steine zertrümmerten das siebensteilige Schaufenster und durchschlugen auch die rückwärtige Glaswand.

Keine Notwehr für Sozialdemokraten.

Ein Tendenzurteil in Görlitz.

Görlitz, 4. August.

Das hiesige Schöffengericht verurteilte den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Buchwiz, der in Görlitz Parteisekretär der SPD ist, wegen Waffenmißbrauchs zu drei Monaten Gefängnis mit Bewährungsfrist. Der Angeklagte hatte in einer Wahlersammlung in Königshain am 7. Dezember 1931 nach einem Rerret, als er von zahlreichen im Saal anwesenden Nationalsozialisten bedrängt wurde, zwei Schüsse in die Luft abgegeben. Diese Schüsse will Buchwiz in Notwehr abgegeben haben. Das Gericht sah aber Notwehr nicht für vorliegend an. In der Urteilsbegründung wurde u. a. betont, daß Buchwiz unüberlegt gehandelt habe.

Genosse Buchwiz wird täglich mit Morddrohungen verfolgt. Es wird förmlich Jagd auf ihn gemacht — aber die Justiz gesteht ihm kein Notwehrrecht zu! Der Tendenzcharakter des Urteils tritt klar hervor.

Konflikt im Ruhrgebiet

Das Mehrarbeitsabkommen gefährdet

Buchum, 4. August. (Eigenbericht.)

Die Bergarbeiterverbände haben heute das Mehrarbeitsabkommen im Ruhrbergbau für den nächstfolgenden Termin, den 30. September, gefährdet. Da der Schlichter bei den Verhandlungen über den Manteltarif im Ruhrbergbau den Unternehmern das Recht zugesprochen hat, bei einer Kündigung des Mehrarbeitsabkommens im September in neue Verhandlungen über die Vereinnahmung der Achtstundenschicht in den Manteltarif einzutreten, werden auch die Unternehmer das Mehrarbeitsabkommen kündigen.

Damit kommt die Frage der Arbeitszeit im Ruhrbergbau ins Rollen. Es ist jetzt allerhöchste Zeit, dieses unsinnige Mehrarbeitsabkommen, dessen Voraussetzungen längst nicht mehr bestehen, zu beseitigen. Als dieses Mehrarbeitsabkommen vereinbart wurde, war Deutschland verpflichtet, Kohlen zu Reparationszwecken im großen Maße zu liefern. Außerdem bestand in Deutschland selbst ein großer Kohlenmangel. Es kam hinzu, daß die Kohlenförderung unter dem Raubbau während des Krieges außerordentlich gelitten hatte.

Alle diese Umstände sind heute entfallen und somit auch jeder Grund zur Leistung von Lieberstunden. Heute ist es vielmehr umgekehrt so, daß die Belegschaften inzwischen um einige hunderttausend Köpfe vermindert worden sind, und daß sie so reduzierten Belegschaften noch Feiertagen einlegen müssen. Es ist

also ein volkswirtschaftlicher Widerspruch und führt zu einer weiteren Verschärfung der Arbeitslosigkeit, wenn dieses Mehrarbeitsabkommen oder gar die Arbeitszeit selbst verlängert würde.

Keine Einigung im belgischen Bergbau. Wiederaufleben der Streikbewegung?

Brüssel, 4. August.

In der Sitzung der Gemischten Bergbaukommission unter dem Vorsitz des Arbeitsministers Heyman, ist es zu keiner Einigung zwischen den Unternehmer- und Arbeitervertretern über die Beendigung des Streiks gekommen. Die Arbeiter fordern eine allgemeine fünfprozentige Lohnerhöhung. Die Unternehmer machen jede Erörterung von der vorherigen Beendigung des Streiks abhängig und versuchen zunächst, die Regierung zu einer verschärften Kontingentierung der Kohleneinfuhr zu veranlassen.

Die Unternehmer im Kohlengebiet von Charleroi haben als Gegenaktion beschlossen, den noch im Zustand befindlichen Arbeitern das Kohlendepotat zu entziehen. Die Gewerkschaften lehnen es andererseits ab, für die Zustandhaltung der Gruben zu sorgen, wenn Arbeiter zu diesem Zwecke zwangsweise ausgehoben werden, statt daß die von den Gewerkschaften bestimmten Leute verwendet werden. Vielerorts hat das Militär diese Aufgabe übernommen.

Organisatorische Musterleistung

Die Durchführung der Wahl. — Amtlicher Dank.

Der Reichsminister des Innern teilt mit: Die Wahl zum Reichstag hat über 44 1/2 Millionen deutscher Männer und Frauen zur Ausübung ihres staatsbürgerlichen Rechts aufgerufen. Vorbereitung, Durchführung der Wahl und Ermittlung des Wahlergebnisses haben an das Organisationsgeschick und die Arbeitskraft der Behörden in Stadt und Land sowie an die Arbeitsfreudigkeit der Wahlvorstände hohe Anforderungen gestellt. Besondere Aufgaben kamen durch die Rücksichtnahme auf den sommerlichen Reiseverkehr und die neu eingeführte Abstimmung auf den Seefahrzeugen hinzu. Dem Schutze der Wahlfreiheit diente die Polizei in bewährter Pflichttreue. Ich spreche sämtlichen beteiligten Reichs-, Landes- und Kommunalbehörden und den zahlreichen Männern und Frauen, die in den Wahlvorständen ehrenamtlich tätig gewesen sind, Dank und Anerkennung aus. In diesen Dank schließt ich besonders die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft, die österreichischen Bundesbahnen, die deutschen Schiffsahrtsgesellschaften wie alle übrigen Verkehrsgesellschaften ein, die zur Erleichterung der Stimmabgabe wesentlich beigetragen haben.

Bahn- und Bordwahl.

Die Reichstagswahl im Reiseverkehr.

Bei der Reichstagswahl 1932 hat das Reichsministerium des Innern erstmalig die Bordwahl und die Abstimmung im Reiseverkehr eingerichtet. Auf den großen Seeschiffen konnte abgestimmt werden, wenn mindestens 50 Wähler mit Stimmzettel an Bord waren. Auf den Uebergangsbahnhöfen war Gelegenheit geboten, mit Stimmzettel auch außerhalb der allgemeinen Abstimmungszeit zu wählen.

Nach den bisherigen Mitteilungen haben sich die Reueinrichtungen durchaus bewährt. So sind abgegeben worden auf dem Hauptbahnhof in Hamburg 1184 Stimmen, in Frankfurt am Main 1291, auf den Berliner Bahnhöfen 3228, in München 5159 Stimmen. Insgesamt war auf 47 Bahnhöfen Abstimmungsmöglichkeit geboten. An der Bordwahl waren u. a. beteiligt von der Hamburg-Amerika-Linie die Schiffe „Deutschland“, „Resolute“, „Tacoma“, „Deona“, „Magdalena“ und „General Artigas“, vom Norddeutschen Lloyd die „Lüchow“, von der Boermann- und Deutschpost-Linie die „Wangon“, von der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft die „Monte Rosa“, von der Reederei Griebel-Stettin die „Rügen“, von der Reederei Bräunlich-Stettin die „Hertha“.

Mittels der Bordwahl wurden bisher 2297 Stimmen erzielt. Von den gültigen Stimmen entfielen auf die Sozialdemokraten 374, die Nationalsozialisten 970, die Kommunisten 204, das Zentrum 150, die Deutschnationale Volkspartei 352, die Deutsche Volkspartei 106, die Staatspartei 101 und 12 Stimmen auf die übrigen Parteien.

Im bayerischen Hochgebirge waren im Schneefernerhaus auf der Zugspitze und im Bahmannhaus Wahllokale eingerichtet. Auf der Zugspitze wurden 729, auf dem Bahmann 158 Stimmen abgegeben.

Kulturbolschewismus?

Was die Rechte dem Reichskommissar gestattet.

Der Kommissarius Bracht hat mit einem Federstrich nicht nur 50 preußische Kreise, sondern auch 60 kleine Amtsgerichte beseitigt. Dieser Federstrich war ihm freilich leicht gemacht, denn die Pläne zu eingehenden Verwaltungsreformen waren in den Ministerien längst vorhanden, aber die Widerstände haben plötzlich aufgehört. Nicht etwa, weil die verfassungsmäßige Regierung beseitigt wurde, nein! Die Beseitigung der kleinen Amtsgerichte war bisher stets und ständig gescheitert am erbitterten Widerstand der Rechten, zu der sich in diesem Falle auch der rechte Zentrumsflügel gesellte.

Im Rechtsausschuß des Preussischen Landtags sind in den letzten Jahren verschiedentlich Anträge der Sozialdemokratie auf Beseitigung der Zwerger-Amtsgerichte beraten worden. Für die Rechte fiel dieses Bestreben unter den schönen Begriff des „Kulturbolschewismus“. Die Redner der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei erklärten die Amtsgerichte in kleinen Landstädten für „Kultur- und Geisteszentren“, die nicht angefaßt werden dürfen. Vergebens wandten die sozialdemokratischen Redner ein, daß in Wirklichkeit die Verhältnisse ganz anders liegen: Die Einzelrichter an den Zwergergerichten entbehren jeder Fortbildungsmöglichkeit und geistigen Anregung, sei es im Verkehr mit Kollegen, sei es durch eine entsprechende Bücherlei, sei es durch Theaterbesuch usw. Anstatt eine Kultursphäre zu schaffen, versauern sie auf verlorenem Posten. Die Rechte hat dies nie einsehen wollen, sondern ist dabei geblieben, daß die Beseitigung der kleinen Amtsgerichte „Kulturbolschewismus“ sei.

Jetzt hebt der Kommissarius Bracht die Amtsgerichte auf, — und kein Rechtsblatt übt ein Wort der Kritik. Ein Schul-

fuchs hat einmal behauptet: für die meisten Leute kommt es in der Politik nicht darauf an, was einer tut, sondern wer es tut... Für unsere Rechte trifft das offenbar zu!

Das Ende des Bestechungsprozesses.

1 1/2 Jahr Gefängnis für Stadtbauamtman Kiebling in Potsdam.

In dem seit einigen Wochen laufenden und soeben beendeten Potsdamer Bestechungsprozeß wurde der Angeklagte Stadtbauamtman Rudolf Kiebling vom Potsdamer Tiefbauamt wegen einfacher Bestechung in vier Fällen zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Ferner wurde auf Aberkennung zur Befähigung der Bekleidung öffentlicher Ämter auf die Dauer von 2 Jahren erkannt. 10000 Mark der beschlagnahmten Bestechungsgelder wurden eingezogen. Die Bestechung bei Kiebling wurde darin erblickt, daß er von verschiedenen Lieferanten, die von der Stadt Potsdam Aufträge erhalten hatten, geldliche Zuwendungen angenommen hatte. Die übrigen Angeklagten Tiefbauunternehmer Dübner, Techniker Gerbracht und Ingenieur Kumelehn wurden auf Staatskosten freigesprochen.

Stadies Bestattung am Sonnabend.

Die Berliner Chauffeure werden das Geleit geben.

Nachdem die Staatsanwaltschaft die Leiche des ermordeten Kraft-Chauffeurs Stadie freigegeben hat, ist die Einäscherung und Trauerfeier auf Sonnabend nachmittag um 4.30 Uhr im Krematorium Gerichtstraße festgesetzt worden. Anordnungen der Angestellten und der Tagchauffeure werden ihrem ermordeten Kollegen das letzte Geleit geben, so daß sich die Trauerfeier für Stadie, ebenso wie es seinerzeit für den ermordeten Chauffeur Bonick der Fall war, zu einer Massenauffahrt von Kraftdroschken und zu einer eindrucksvollen Demonstration gegen die Mordüberfälle auf Berliner Tagchauffeure gestalten wird.

Die Verbände der Kraftdroschkenbesitzer und der Chauffeure, ebenso wie die Großunternehmen, haben sich angeichts des neuen Opfers abermals mit der Frage beschäftigt, wie man den Tagchauffeuren auf Fahrten in entlegeneren Bezirke Schutz angeheihen lassen kann. Die Spuren, denen die Mordkommission nachgeht, haben bisher leider noch zu keinem Erfolg geführt.

Ein gefährlicher Schäferhund.

Kind in Spandauer Laubentolonie schwer verletzt.

In der Kolonie „Sandwiesen“ in Spandau spielte sich heute mittag ein aufsehender Vorfall ab. Die 5 Jahre alte Fise Gromann aus der Reuendorfer Straße 96 in Spandau wurde von einem großen Schäferhund angefallen. Das bissige Tier brachte dem Kinde schwere Verletzungen am Kopfe bei. Durch die Feuerwehr wurde das Mädchen ins Städtische Krankenhaus Spandau gebracht.

Der Schäferhund gehört einem Laubentolonisten, der sein Grundstück in derselben Siedlung hat. Die kleine Gromann hatte in einem Laubengang gespielt, als plötzlich der Hund auftauchte und über das Kind herfiel. Ein Ohr wurde der Kleinen völlig abgebeissen. Auf die Schreie des Mädchens eilte der Vater herbei, der das wütende Tier verjagte. Später ist der Hund von der Spandauer Polizei beschlagnahmt und dem Polizeiarzt zur Untersuchung übergeben worden.

Naziblätter werden amtlich.

Wird der „Angriff“ Reichsanzeiger?

Offiziös wird gemeldet:

Das preussische Staatsministerium hat in der Sitzung vom 27. Juli 1932 den Beschluß gefaßt, die ergangenen Weisungen über die Anwendung der Richtlinien vom 12. Oktober 1929 betr. die Auswahl von Zeitungen zur Bekanntgabe amtlicher Veröffentlichungen einer Nachprüfung zu unterziehen. Es werden demnächst neue Weisungen an die nachgeordneten Behörden ergehen, die insbesondere auch die sofortige Ueberprüfung der bisher ausgesprochenen Maßregelungen anordnen werden. Die praktische Durchführung der beabsichtigten Neuregelung wird allerdings noch eine gewisse Zeit dauern, weil damit eine Reihe schwieriger Fragen, teils grundsätzlicher, teils praktischer Natur, vornehmlich auf finanziellem Gebiet, verbunden ist. Die vorbereitenden Arbeiten im Ministerium des Innern stehen bereits vor dem Abschluß.

Das Haager Schiedsgericht hat den norwegischen Antrag um Erlass einer einseitigen Verfügung im Grönland-Konflikt bekanntgegeben. Norwegen hatte beantragt, der dänischen Regierung jedes gewaltsame Vorgehen gegen Norwegen in Südost-Grönland zu untersagen.

Einigkeit! Einigkeit!

Der Naziminister gibt eine „Mahnung“ heraus!

Eine Ueberraschung kommt aus Mecklenburg-Schwerin. Dort amtiert seit kurzem der Gutsbesitzer Granzow-Severin, ein Schwager von Goebbels, als von Hitler bestellter Ministerpräsident. Dieser Nationalsozialist hat das Bedürfnis empfunden, einen Mahnaufruf an das Volk von Mecklenburg zu erlassen. Der Aufruf ist so schön, daß er hier wiedergegeben sei:

„In der letzten Woche des Wahlkampfes hat der Streik der Parteien in Zeitungen wie im Flugblatt sehr unerfreuliche Formen angenommen. Bei der Kritik dieser Methoden des „geistigen“ Kampfes habe ich als Vertreter der Staatsregierung größte Zurückhaltung geübt. Nachdem die Wahl stattgefunden hat, halte ich mich für verpflichtet, die Leiter der Presse und Führer der Parteien aufzufordern, diese Art der Berichterstattung einzustellen. Wer sich in so schwerer Zeit nicht zur Volksgemeinschaft aller Deutschen bekennt und es ablehnt, der Eintracht zu dienen, gibt damit zu erkennen, daß er Gegner des Friedens und Feind des Staates ist. Er muß die Folgen eines solchen Verhaltens auf sich nehmen. Nicht gegeneinander, sondern mitein-



Der Panzerwagen der Nazis,

der in Hofgaismar von der Polizei beschlagnahmt und sicher-gestellt wurde.

ander finden wir allein den Weg zur Rettung aller Stände und Berufe. Alle verantwortungsbewussten Staatsbürger rufe ich zur ersten Mitarbeit auf.“

Der Aufruf klingt verdammt „moralisch“. Wenn man weiß, daß Herr Granzow nur dem Kommando Hitlers seine Stellung verdankt, wie Röber und Freyberg die ihren, so mutet die Aufforderung zur „Einigkeit“ geradezu wie eine Fuchspredigt vor Gänzen an. Die Parteigenossen des Herrn Granzow schießen im Lande die Republikaner über den Haufen, er aber erklärt jeden für einen „Staatsfeind“, der sich in der Presse mit den Methoden der Hitlererei auseinandersetzt.

Es könnte freilich den Nazis so passen, daß die kritische „Berichterstattung“ schweige, sobald einer der ihren von Hitlers Gnaden am Ruder ist. Aber so weit sind wir trotz Gayl und Bracht immer noch nicht in Deutschland!

Macht Frieden!

Ganz Amerika an Bolivien und Paraguay.

Neunzehn amerikanische Regierungen unter der Führung Washingtons haben Bolivien und Paraguay gemeinsam erklärt, daß sie keine Gewaltlösung des Chaco-Streites anerkennen werden.

Das britische Außenamt hat die Vertreter Großbritanniens in La Paz und Asuncion angewiesen, die Friedensmahnung der amerikanischen Staaten nachdrücklich zu unterstützen.

Auf den Appell des Völkerbundes hat die bolivianische Regierung geantwortet, Bolivien lehne es nicht ab, den Streit mit Paraguay durch friedliche Mittel zur Lösung zu bringen. Eine beigefügte Sachdarstellung schließt: Diese Tatsachen stellen Paraguay außerhalb der Gesetze und zwingen uns, uns selbst energisch zu verteidigen.

Bolivianische Konzession an Chile.

Santiago de Chile, 4. August.

Der Präsident von Chile wird voraussichtlich binnen kurzem ein Dekret unterzeichnen, das einer bolivianischen Petroleumgesellschaft die Erlaubnis erteilt, eine große Vorkolonie auf chilenischem Gebiet anzulegen. Die Leitung soll zum Hafen Antofagasta oder Iquique führen. Die Kosten des Baues, der Zehntausenden Beschäftigung bieten wird, werden auf 15 Millionen Pfund geschätzt. Die Inhaber der Konzession werden sich verpflichten, alles von Chile benötigte Petroleum auf dem neuen Weg zu einem von der chilenischen Regierung zu bestimmenden Satz zu befördern und Petroleum für das chilenische Petroleummonopol 10 Prozent unter dem Marktpreis zu liefern.

Der französische Marineminister Lagues empfangt am Mittwoch zwei deutsche Marineingenieure Ritter von der Schichauwerft in Elbing und Müller aus Hamburg, die ihm die Pläne eines Bergungsschiffes für untergegangene U-Boote auseinandersetzen. Auf die Frage des Ministers, ob sie die Hebung des U-Bootes „Prométhée“ für möglich halten, erklärten beide Ingenieure jedoch, daß ihnen diese Operation undurchführbar erscheine.

Bracht als Rahr.

Und Rube als zorniger Achilleus.

Der von Hitler bestellte Fraktionsführer der preußischen Landtagsnazis, Rube, hält es nach den Wahlen für nötig, einen heftigen Angriff auf die Regierung Papen zu veröffentlichen. Nachdem der Reichspräsident von Hindenburg Herrn Brüning und seine Regierung nach Hause geschickt habe, habe er den Zentrumsanzler von Papen sowie den deutsch-nationalen Freiherrn von Gayl in die Regierung berufen und, nun begann man mit einer neuen Methode, den Siegeszug des Nationalsozialismus zu sabotieren.

Herr von Papen habe dem Marxismus durch seine Rotverordnung und durch das weite Hinausschieben des Wahltermins 2 bis 3 Millionen Stimmen gerettet. Ungehindert von der Reichsregierung hätten die schwarz-roten Parteien in ungehemmter Demagogie gegen den Nationalsozialismus behagen können.

Das Verhalten des Reichskommissars Dr. Bracht zeige, daß dieser Zentrumsmann den Nationalsozialisten gegenüber die Rolle des Herrn von Rahr zu spielen bereit sei.

Der einzige Mann im Reich und in Preußen, der an dem Spiel der getarnten Zentrumsleute nicht beteiligt sei, sei Reichswehrminister von Schleicher.

„Wir Nationalsozialisten“, sagt Rube, „haben gar keinen Anlaß, im Reich oder in Preußen auf die Herren von Papen, Dr. Bracht und Freiherrn von Gayl irgendwelche Rücksicht zu nehmen... Wir bedürfen auch keiner Belehrung durch Herrn Dr. Bracht über das, was Disziplin ist und über das, was die Staatsnotwendigkeiten verlangen... Wir Nationalsozialisten in Preußen lehnen eine Statthalterhaft getarnter Zentrumsleute in dem Staate Friedrich des Großen ab. Wir Preußen sind gewohnt, uns selbst zu regieren. Auch die getarnten Zentrumsleute wollen davon Notiz nehmen, daß wir nicht darum ein Jahrzehnt und länger im härtesten Kampfe gestanden haben, damit als Endergebnis ein Kabinett angeblich neutraler Verwaltungskartellisten das Steuerruder des Reiches in die Hände nimmt.“

Die Rolle des Herrn von Rahr, der sich von Hitler „vergewaltigen“ ließ, um schließlich den Bürgerbräu-Putsch zu liquidieren, ist danach bei den Putschisten von heute in keiner angenehmen

Erinnerung. Aber was bildet sich der kleine preußische Hitler eigentlich ein, daß er „an die Macht“ käme ohne Mehrheit und ohne Koalitionsbindungen? Nur mit dem klappernden Mundwerk ist doch selbst bei einem geringen Griechenhelden vor Troja nicht gegangen.

Verlorene Macht.

Nazi-Bilanz in Mecklenburg, Oldenburg und Anhalt.

In drei deutschen Ländern sind die Nationalsozialisten in den letzten Monaten „zur Macht“ gekommen: in Mecklenburg, Oldenburg und Anhalt. Aber schneller als sie es selbst vermutet haben, sind ihre Mehrheiten in diesen Ländern verloren gegangen. Weder hinter der Nazi-Regierung in Mecklenburg, noch hinter der in Oldenburg und der in Anhalt steht nach den letzten Reichstagswahlen noch eine Mehrheit.

In Mecklenburg-Schwerin wird die Nazis am 31. Juli in eine ausgesprochene Minderheit geraten. In Anhalt haben sie zwar 13 000 Stimmen auf Kosten der Deutschnationalen, der Volkspartei und Wirtschaftspartei gewonnen, aber diesem Gewinn steht ein Nettogewinn der Sozialdemokratie und Kommunisten gegenüber. Nach den Ziffern der Reichstagswahlen würde die Mehrheit der Rechten (20:16) in Anhalt verschwinden und ein Gleichgewicht der Kräfte von 18:18 eintreten. In Oldenburg steht es nicht anders aus. Hier besitzen die Nationalsozialisten seit dem 29. Mai von 46 Mandaten 24, also mehr als die Hälfte. Allerdings stand hinter diesen Mandaten nicht die Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Es fehlten etwa 5500 Stimmen. Die Hoffnung der Nazis, bei den Reichstagswahlen endgültig die Hälfte aller abgegebenen Stimmen aufzubringen, ist schwer enttäuscht worden. Im Mai brachten sie es auf 48 Proz. aller Stimmen, am 31. Juli auf 46 Proz. Sie haben also nicht die restlichen 2 Proz. gewonnen, sondern 3 wei Prozent verloren. Dagegen haben die Sozialdemokratie ihren Prozentsatz von 18,8 auf 20 Proz., die SPD von 5,7 auf 6,3 Proz. steigern können. Auf die oldenburgischen Landtagsverhältnisse umgerechnet, würde das Stimmengleichgewicht von 24 zu 24 bedeuten.

Die Umrechnungen zeigen, daß die Bäume der Nazis selbst dort nicht in den Himmel wachsen, wo alle Voraussetzungen für einen Erfolg ihrer Lügenagitation gegeben sind.

Dr. Franz Leppmann 60 Jahre.

Sanitätsrat Dr. Franz Leppmann, vereidigter gerichtlicher Sachverständiger, Leiter der Irrenabteilung in Plohnsee, begeht heute seinen 60. Geburtstag. Dr. Leppmanns psychiatrische Gutachten selbst in den unbedeutendsten Prozessen gehören mitunter zu den Festschönsten, was man in Mecklenburg erlebt. Menschliches Eindringen in die Motive der Tat, liebevolles Sicheresitzen in das noch so abartige und krankhafte Wesen des Angeklagten, vorsichtiges Beurteilen des Tatbestandes mit dem Ziele, dem Gericht freie Hand für eine dem Angeklagten günstige Auslegung zu lassen, jederzeitige Bereitschaft, von dem ursprünglichen Gutachten abzugehen, sofern sich in der Verhandlung neue Momente ergeben haben — dies ist in knappen Zügen das Charakteristikum Leppmannscher Gutachten. Seine Versuche, die Schranken zu sprengen, die durch den unsinnigen § 51 dem medizinischen Sachverständigen gesetzt sind, mußten aber nicht selten auch ihm mißlingen.

Franz Leppmann ist als Sohn eines Arztes in Mittelschlesien geboren. Im Jahre 1900 kam er nach Berlin und wurde hier Privatassistent seines Bruders Dr. Arthur Leppmann, der im Jelleneckgefängnis in Moabit tätig war. Nach dessen Tode übernahm er die Leitung der Irrenabteilung. Wie sehr er hier seiner Aufgabe gerecht wurde, beweist die Liebe, die ihm von den Gefangenen entgegengebracht wird. Leppmanns besondere Sorge war stets der jugendliche Verbrecher, seine stärkste Seite die psychologische Beurteilung von Kinderausagen.

Leppmanns Name ist aus zahlreichen sensationellen Prozessen auch der breiten Öffentlichkeit gut bekannt. Er war es, der Voloshen Neumanns kompliziertes Seelenleben vor Gericht darstellte, durch seine Hände ging der unglückliche Manasse Friedländer; die Fehldiagnose, die er in bezug auf ihn gemeinsam mit anderen Ärzten stellte, veranlaßte ihn, beim Muttermörder Thielcke um so vorsichtiger zu sein. Das Gericht folgte damals nicht seinen psychiatrischen Bedenken, gab ihm aber im Falle des am Jugendstrafen erkrankten Vatermörders Mendjiora recht. Ohne in seinen Gutachten die freundschaftliche Tiefenpsychologie nutzbar zu machen, verstand es Leppmann doch, die abgründigen Tiefen der Menschenseele allgemein verständlich zu enthüllen.

Militärkitsch im Film.

Primus-Palast. — Titania.

Ein reichliches Duzend Militärfilme ist, in Wahrnehmung einer vermeintlichen Konjunktur, für die kommende Saison angekündigt. „Ja, treu ist die Soldatenliebe“ hieß der erste Streich: Hoffentlich legen uns die Manuskriptverfasser aber im Zukunft neuartige Einfälle vor.

Ueber das Besinnungsmäßige sei nicht viel geredet. Irgendwelches Kulturniveau haben Soldatenschwänke dieser Art selbstverständlich nicht im geringsten. Es tut uns anderes not, als mit verführlichen Bildern des alten Kommiss überschwemmt zu werden. Auf der anderen Seite sind wir heute, in der Ära des Nationalsozialismus, schon fast zu abgestumpft, um immerhin harmlose und gutartige Sachen dieses Schlages als provozierend zu empfinden. Es ist ja auch sehr die Frage, ob die Trottelreien und Possierereien, die den Hauptinhalt der Militärfilme bilden, mehr empfehlend oder mehr diskreditierend für die „gute alte Zeit“ wirken.

Hier also geht es darum, daß ein Zirkusclown den Bestellungs-befehl bekommt, daß er Husar wird, daß er fälschlicherweise die Frau seines Wachtmeisters für eine frühere Geliebte von sich hält und ihren Jungen für sein Kind, und daß er schließlich die Tochter seines Zirkusdirektors heiratet, als dieser in der Garnisonstadt ein Casspiel gibt. Aber diese dünne und an den Haaren herbeigezogene Geschichte ist nur Vorwand. Dieser Film lebt von seinem Milieu: dem Kasernenhofmilieu der Vorkriegszeit und den konventionellen Typen des rauhen, aber herzlichen Wachtmeisters, des leutlichen Generals, der etwas dämlichen aber grundbraven Kameraden. Für den Rest mußte das immer zuverlässige und allezeit seinen Mann stehende Milieu des Schmierzirkus herhalten.

Fritz Schulz als Träger der Hauptfigur ist kein Fels-Bressart, und wenn man ihm auch den Rekruten glaubt, so ist sein Clown ohne alle Originalität. Hugo Fischer-Röppe trifft den Wachtmeister ausgezeichnet: allerdings braucht er nichts anderes zu tun,

als seine früheren Leistungen zu kopieren. Am besten und menschlichsten die prächtige Ida Bütt als Zirkusdirektorin. Die etwas unsicher geführte Regie hatte Georg Jacoby. H. B.

Von echtem Heldenentum.

Der Deutschlandfender übernahm ein Abendprogramm aus Hamburg, das den Titel trug „Helden—Dulder—Ueberwinder“. Die Sendung unterschied sich angenehm von der heute üblich gewordenen heroisierenden Veranstaltung. Sie baute kein theatralisch verlogenes Heldenideal hin, sondern versuchte, jenes echte Heldenentum zu zeigen, das unaufbringlich, oft unsichtbar in jedem Menschen lebt, der durch sein Handeln oder durch sein Dulden, durch schöpferisches Werk oder dienende Bereitschaft für die Allgemeinheit wirkt und das als letzte, höchste Krönung den Menschen emporträgt zur Freiheit eines Ueberwinders. Eindringlicher, erschütternder als der eine Satz des Heeresberichts von Langemarck paßt Eliencrons Gedicht „Wer weiß wo?“, weil die in jenem Bericht mitgeteilte Kriegstat vom Hörer erst in das menschliche Erlebnis umgedacht werden muß, hier aber der Dichter die Kriegssoliton als Schatten des Einzelschicksals zeigt, eines Schicksals, das jeder unmittelbar an sich erleben kann. So ergreift Gerrit Engelkes „Tod im Schacht“, in dem kein erlösender Schrei den furchtbaren Druck des geballten Grauens lockert, in dem kein heiliges Pathos die Finsternis übergollet.

Nicht alle ausgewählten Dichtungen und Berichte waren von solcher Kraft. Die Szene „Der sterbende Schiller“, die vom „Dulder“ zum „Ueberwinder“ die Brücke schlug, stieg von der bildhaften Anschauung zum Gedanken empor, der aber in so zielstarrer, einfacher Formulierung geboten wurde, daß alle Hörer sicher noch ohne Schwierigkeiten mitgehen konnten. Gobineaus „Abschied des Michel Angelo“ dagegen, noch dazu in unangünstiger, altertümlicher Uebersetzung, war im Rahmen dieser Veranstaltung viel zu breit, viel zu sehr mit gedanklicher Analyse überlastet. Zwischen den Rezitationen schuf gut ausgewählte Musik die Uebergänge. —12.

Was liest der Arbeitslose?

Einer Anregung des Sozialwissenschaftlichen Instituts in Frankfurt a. M. folgend, haben einige große städtische Bibliotheken, die in der Benutzung ihres Bücherleiverkehrs den Arbeitslosen eine Vorrangbehandlung einräumen, statistische Untersuchungen darüber angestellt, welche Gruppe von Literatur von den Arbeitslosen am meisten bevorzugt wird. Soweit vorläufige Ergebnisse dieser für eine längere Zeit beabsichtigten Untersuchungen bereits vorliegen, hat sich die vielfach geäußerte Vermutung, als versuche der Arbeitslose sich in seinem Beruf vorzubilden, nur in geringem Umfange bestätigt. Die Benutzung technischer oder wissenschaftlicher Literatur, die in der Lage ist, den einzelnen in seinem Beruf weiterzubilden, wird in weit höherem Umfange von jugendlichen Arbeitslosen verlangt, als von solchen Personen, die aus dem Berufsleben infolge der Arbeitslosigkeit vorläufig ausgeschieden sind.

Auch Belletristik steht prozentual nicht an der Spitze, sondern alle befragten Bibliotheken äußern sich übereinstimmend dahin, daß überwiegend populärwissenschaftliche Literatur, die sich mit der Pflege des Körpers, der allgemeinen Hygiene, Gymnastik, Sport befaßt, am meisten verlangt wird. Diese Feststellung findet eine Parallele in einer von einem anderen Gesichtspunkt aus gemachten Beobachtung, daß mit dem allgemeinen Ansteigen der Arbeitslosigkeit auch eine Zunahme in der Kurpfuscherei und dem Aufkommen neuer Volksheilmethoden zu verzeichnen ist. Verständlich ist auch eine starke Zunahme im Entleihen von Büchern über Gartenbau. Dagegen hat die Nachfrage nach Abenteuer- und Reiseliteratur, was wiederum ganz wider Erwarten ist, nachgelassen.

Die Bayerische Landesbühne München, die zur Zeit ihre Luisenpark-Festspiele auf der Felsenbühne bei Dautschel durchführt, wird am 15. und 16. August in dem Naturtheater von Schloss Crematinge bei Baruth Gespielt mit Goethes „Iphigenie“ geben.

Das Hof-Theater eröffnet die kommende Spielzeit mit dem „Hauptmann von Köpenick“ von Carl Zuckmayer.

Das Sommerfest der Filmwelt, „Filmschau an der Krümmen-Lente“, findet Sonnabend statt. Fast alle prominenten Darsteller haben ihr Erscheinen zugesagt.

Rundfunk am Abend

Donnerstag, den 4. August

Berlin: 16.05 Was ist ein Lebewesen? (Dr. O. Kreuzer). 16.30 Romantische Musik. 17.30 Akademische Berufsplanung (Dr. G. Wirsing). 17.50 Wirtschaftliche Notlage und Steuerermäßigung (Dr. F. H. Strauß). 18.15 Nachmittagskonzert. 18.55 Die Funkstunde teilt mit. 19.00 Stimme zum Tag. 19.19 Nachmittagskonzert. 19.30 Die Verschuldung der europäischen Länder (Prof. Dr. M. J. Wolf). 20.00 Aus Breslau: Musikalische Europakunde. 21.00 Tages- und Sportnachrichten. 21.10 Ernte (Querschnitt). 22.10 Wetter-, Tages- und Sportnachrichten. Abendunterhaltung.

Königswusterhausen: 16.00 Pädagogischer Funk (Dr. A. Dirksen). 17.30 Nordargentinien als Einwanderungsland für Deutsche (Dr. Schlabach). 18.00 Musikalischer Zeitspiegel (Paula Guttman, Dr. O. Guttman). 18.30 Spanisch für Fortgeschrittene (Gertrud van Eyseren, Dr. F. Armesto). 18.55 Wetterbericht. 19.00 Aktuelle Stunde. 19.25 Stunde des Landwirts (Dr. Derlitzki). 19.45 Aus Königsberg: Städtebild Tilsit-Memel. 20.30 Aus Zoppot: „Lohengrin“ (Oper von Richard Wagner). 21.45 Wer rettet Anna? (Lehrspiel). 22.20 Wetter-, Tages- und Sportnachrichten. 22.45 Aus Hamburg: Tanzmusik. Sonst: Berliner Programm.

1. Abl. Am Sonntag, 31. Juli, verstarb unser Genosse Julius Elsner. Trauerfeier heute, 16 Uhr, Charitékirche. Sein Andenken werden wir in Ehren halten. — 117. Abl. Heute, 20 Uhr, Junttio-

närfigung bei Klose. Die entnommenen Fahnen müssen bis heute abend bezahlt werden. Das übrige Wahlmaterial ist bei Klose abzuliefern. — Kinderfreunde Prenzlauer Berg. Heute, 20 Uhr, wichtige Kreisheftverteilung Denziger Straße. Die Abteilungen Viktor Adler und Nordost ab heute wieder regelmäßige Gruppenabende an bekannter Stelle.

Wetter für Berlin. Teils wolfig, teils heiter, wenig veränderte Temperaturen, westliche bis südwestliche Winde, keine Niederschläge von Bedeutung. — Für Deutschland. Allgemein noch leicht veränderlich, namentlich in den Gebirgen West- und Mitteldeutschlands einzelne Regenfälle, immer noch ziemlich kühl.

Verantwortl. für die Redaktion: Rich. Bernheim, Berlin; Anzeigen: Th. Glöck, Berlin. Verlag: Vorwärts Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstr. 2 hierzu 1 Beilage.

Beschäfts-Anzeiger



Vela-Feinsoda
(Kartonpackung) für
Wäsche, Küche
und Haushalt
das Billigste!

Haben Sie Bedarf in:
Herrengarderobe (fertig und nach Maß), Berufskleidung,
Herrenartikel, Reichsbanner-Ausrüstung, so empfiehlt sich
Fritz Hamburg
Steglitz, Schloßstraße 102/103
Fahrverbindung: Autobus 5 und 20, Straßenbahn: 40, 43, 74, 174, 77, 177.
Blinde, Kriegsbeschädigte und über 65 Jahre: 5 Prozent Rabatt extra.

C. Kartseil, Wäsche-Verleih
Tel.: Moritzpl. F. 1, 0918. S. 42, Fürstenstr. 20
Wäsche aller Art
Gute Beschaffenheit, kulante Bedingungen!

ARBEITER! Deckt euren Bedarf in
Eisenwaren, Werkzeugen,
Haus- u. Küchengeräten bei
ERNST WIESE, Berlin O 34,
Frankfurter Allee 16



STOLPER JUNGCHEN
VOLIFETTER CAMEMBERT
In allen Butter- und Käsegeschäften
zu haben.

Büromöbel
Ausrüstung von Jugendheimen
Kurt Schütze Berlin N 65, Fennstr. 27
Telephon D 6, 3128

**Fenster- und
Gebäude-Reinigungs-
Gesellschaft m. b. H.**

Berlin SO 36, Schlesische Str. 42
Fernruf: F 8, Oberbaum 3553-54
**Billigste
und zuverlässigste
Ausführung**
aller Reinigungsarbeiten / Bohrer- und
Oelmaschinen / Staubsauger / Vertreter-
besuch jederzeit unverbindlich

Gebr. Löffler
Berlin O 17, Ostbahnhof
Kartoffelgroßhandlung
kaufen und verkaufen alle Sorten
Speisekartoffeln waggonweise

Franz Schönherz
Bln.-Neukölln Kaiser-Friedrich-Str. 241
Nähe Hermannplatz
Bandagen — Gummistrümpfe
Spezialist für Senkfüßeinlagen
Lieferant für Krankenkassen und Behörden

Ruderer und Segler
verlangt beim Einkauf nur
Krapkol-Bootslack

Frisier-Salon
für Damen und Herren
Gute Bedienung
Solide Preise
Stadtbad Kreuzberg, Baerwaldstr. 64-65

VOLCK & GNÄDIG
Reparatur-Werkstatt
mit eigener Schweißanlage für graph. Maschinen
Rotations-, Tiedruck- und Offsetmaschinen
Umzüge kompletter Druckereien
Berlin SW 61, Gitschiner Str. 15
Tel.: F 1, Mpl. 3672. — Nachtruf: G 5, Södring 323 und
234 F 2, Neukölln 4639.

„GOBA“
Frischluit-Trockner
ermöglicht Kinderwäsche
in Licht u. Sonne zu trocknen
Erhältlich in Warenhäusern — Konsum

Dachpappen-Verkauf etc.
zu billigsten Fabrikpreisen
Theodor Seibel
Dachdeckermeister, Leitertungen
Berlin-Mariendorf
Prähstraße 26 / Tel. Södring 1812

Großgarage Nordbahnhof
J. Maximilian Janischewski
Eberswalder Str. 14-15 (1 Minute vom
Nordbahnhof)
Garagen :: Tankstellen :: Werkstatt
Tag und Nacht geöffnet — Telephon: D. 4, Humboldt 2887

Wäsche
waschen blütenweiß
Dampfwaschwerke
Reibedanz & Co.,
G. m. b. H., Tempelhof
65 Södring 8326 — Nachruf 0930

Gustav Schmalfuß
Fleischermeister
Lindenhalle: Stand 3-5
Prima Fleisch- und Wurstwaren
en gros zu den billigsten Tagespreisen en detail

WESTERMANN & HACKER
Kunst- und Bautischlerei — Werk-
stätten für Möbel u. Innenarchitektur
BERLIN SW 29 Gneisenaustraße 44-45
Fernruf F 4 Baerwald Nr. 6582
Anfertigung und Lieferung sämtlicher Tischlerarbeiten nach
eigenen und gegebenen Entwürfen in allen Holz- und Stülarien
Beste Referenzen stehen zur Verfügung!

Buchdruckerei Richter G. m. b. H.
Bln. - Charlottenburg 5
Sophie-Charlotte-Straße 15
Am Bahnhof Westend / G 4, Wilt. 3225-38

Inhaber:
Carl Pietsch Gustav Sauer
Haus- u. Küchengeräte — Werkzeuge
SW 68, Lindenstraße 107 :: Tel.: Dönhoff 3070

Butter-Heinze
Filialen in allen Stadtteilen

**Böttcher-Walzen
sind die besten!**



Lorenz
Roffee

Hermann Lorenz Invaliden-
straße 161
Kaffee, Tee, Kakao, Eiz. Rösterei seit 1879

Verlange in
Harzkäse
nur
„Garbolzumer ist das Beste!“
„M. S. tadellos!“

Eier-Großhandlung
Billigste Bezugsquelle für Kantinen
M. ZIERLER
50.16, Cöpenicker Straße 67
Telefon: F 7 Jannowitz 1960.

Fleisch Wurst
Willy Hanka
Brunnenstr. 121 — 122
billig gut!

Walter Stikklas
Bautischlerei
Innenbauwerkstätte
Berlin-Weißensee, Streustr. 12/13
Tel. E 6, Weißensee 3092 / Geogr. 1555

Dacharbeiten,
Neu- und Umdecken in Ziegel,
Schiefer, Pappeln. — Kosten-
anschläge unverbindlich.
Zuschriften unter C. P. 100 an die
Expedition des „Vorwärts“.

EBI
Leberwurst
preiswert
nahrhaft

Ringfreie Tapetenfabrik
Hermann Meißner
S 14, Hauptgeschäft u. Zentrale: Alte Jakobstr. 81/82
Berliner Filialen:
W 9, Potsdamer Str. 32a (Ecke Bülowstraße)
O 27, Blumenstr. 1 (Ecke Wiegandstraße)
S 59, Rosenthaler Platz 29/30 (am Hermannplatz)
N 31, Turmstraße 31
N 55, Schönhauser Allee 122 (a. Städt. u. Hoch. Nordring)
N 20, Radstr. 17 (am Bahnhof Gesundbrunnen)
Charlottenburg 5, Schloßstr. 20/21 (am Sophie-Charlotte-Platz)
Lichtenberg, Frankfurter Allee 231
Potsdam (Brandenburg) Ecke Wallenstraße
Fabrik in Rüdersdorf, Kreis Niederbarnim.

„Hawag“
Heizung, Lüftung, Be- und Entwässerung
NO 15, Landsberger Str. 92, Tel.: Alex. 9130/1

Märkischer Fleischkonsum
Hermann Pohle
Palisadenstr. 29 Strausberger Str. 34

Bauklempnerei
Friedrich Hädicke
Be- und Entwässerung / Sanitäre Anlagen
SW 68, Lindenstraße 2 TELEPHON:
Dönhoff 9572

HUZI
Für den Herrn
kauft man gut und preiswert
Hüte, Mützen, Oberhemden,
Krawatten, sowie alle modernen
Herrenartikel im Spezialgeschäft
Paul Menzel
Köpenick, Schloßstraße 17.

GROSSDESTILLATION
Prinzessinnenstraße 17
Am Moritzplatz

GERMANIA-PRACHTSALE
CARL RICHTER
Berlin N 4, Chausseestr. 110 :: Weidendamm 6103 u. 6080
Säle für Festlichkeiten, Kongresse usw. bis 1200
Personen fassend zu den günstigsten Bedingungen (R. 126)
Gute Küche :: Gepflegte Biere :: Solide Preise

Joseph Schulz Stempelfabrik
Berlin, Gitschiner Str. 80
am Hochbahnhof Prinzenstraße
Schiefferei für Messer, Scheren etc.
SPEZIALITÄT:
Maschinen-Pappscherenmesser
Neue Messer jeder Art [196]
Werner & Schade
Berlin N, Kastanienallee 43
Fernsprechanschluß: Humboldt 1011-101
liefert
Kautschuk- und Metallstempel prompt

„Vorwärts“-Leser, kauft bei unseren Inserenten!

Bevor Sie **Möbel** kaufen
besichtigen Sie meine Ausstellung
Zahlungserleichterung ohne Aufschlag, bei Kassa 5%
JULIUS KIWI Tischlermeister
Berlin N, Chausseestr. 60

Bürger des Dritten Reichs

Nachwort zum Deutschen Studententag / Von M. Böttcher

Mitte Juli fand in Königsberg der Studententag der Deutschen Studentenschaft statt. Die Deutsche Studentenschaft ist bekanntlich die unter nationalsozialistischer Führung stehende Organisation aller reaktionären Kräfte auf den deutschen Hochschulen. Es war zwischen den Nazis und den Korporationsstudenten im Laufe des letzten Jahres zu großen Auseinandersetzungen gekommen, da sich die Korporationen der Diktatur der Nazistudenten nicht ohne weiteres fügen wollten. Auf dem diesjährigen Studententag traten die Gegensätze offen hervor. Die Nationalsozialisten verlangten in den Verhandlungen hinter den Kulissen die Annahme eines Antrages, durch den die Deutsche Studentenschaft ihre Verbundenheit mit der Hitler-Bewegung bekunden sollte. Auf Drängen der Korporationsstudenten ist es dann zu diesem Antrag in der Form nicht gekommen, doch bewies der Verlauf der Tagung, daß die Deutsche Studentenschaft eindeutig im nationalsozialistischen Fahrwasser liegt. Die Korporationsstudenten, in ihren eigenen Reihen durch nationalsozialistische Zellen geschwächt, resignierten und überließen den Nazis das Feld. Heute wird die Deutsche Studentenschaft von drei Nationalsozialisten geleitet.

Der diesjährige Studententag sollte ein „soldatisches Gesicht“ tragen. Obwohl die Deutsche Studentenschaft offiziell nicht anerkannt ist und der Oberpräsident Siehr daher ein Erscheinen auf dem Studententag abgelehnt hat, waren Vertreter des Wehrkreiskommandos I anwesend, und auch Herr von Goyt hat es sich nicht nehmen lassen, durch ein Begrüßungstelegramm seine Verbundenheit mit den Nadaustudenten zu bekunden. Die Teilnehmer der Tagung waren

in Reichswehrlagern untergebracht.

Hier hatten dann die Militärs Gelegenheit, das soldatische Gesicht der SA kennenzulernen. Vor Beginn der zweiten Sitzung mußte der Vorsitzende vor versammeltem Plenum darüber klagen, daß in den Lagern unter den studentischen Teilnehmern „eine Disziplinlosigkeit herrsche, die mit Worten gar nicht zu beschreiben sei“. Das neue Gesicht der Deutschen Studentenschaft ist „das des politischen Soldaten, den jeder deutsche Student heute darstellen muß“. So jedenfalls hieß es im Vorstandsbericht. Auf gut deutsch heißt das also: von jetzt ab herrschen in der Deutschen Studentenschaft SA-Methoden.

In dieser Zeit, in der es zweifellos für die akademische Jugend eine Fülle von Problemen gibt, die der dringenden Klärung bedürfen — man denke nur an die Fragen der Hochschulreform, der Gebührenstaffelung, der Studentenunterstützung —, beschäftigten sich die in Königsberg versammelten Vertreter der Mehrheit der deutschen Studenten damit, die in der Deutschen Studentenschaft früher herrschende „liberale Demokratie“ zu beseitigen. Unter liberaler Demokratie verstehen diese Studenten das selbstverständliche Organisationsprinzip, daß Vorsitzender und Führer gewählt werden. Mit diesem Prinzip ist jetzt gebrochen worden.

In Zukunft werden innerhalb der Deutschen Studentenschaft Wahlen ganz abgeschafft.

Der Reichsführer ernennet die Leiter der verschiedenen Ämter und bestimmt die Kreisleiter. Die Vorsitzenden der einzelnen Studentenschaften ernennen ihre Nachfolger, die vom Kreisleiter, der ja vom Reichsführer ernannt worden ist, bestätigt werden müssen. So ist Alleinherrscher der Deutschen Studentenschaft der nationalsozialistische Vorsitzende, der sich nur hüten muß, damit er nicht wie sein Vorgänger von Herrn Adolf Hitler aus parteiinternen Gründen abberufen wird.

Dieser Aufbau wird hoffentlich mit dazu beitragen, daß jetzt die letzten Studenten, die immer noch glauben, aus der Deutschen Studentenschaft noch einmal eine arbeitsfähige Organisation machen zu können, dieser Razzifilale den Rücken kehren. Daß man im übrigen auf die Mitarbeit von Nichtnationalsozialisten keinen Wert legt, zeigt folgender Vorfall: Ein katholischer Delegierter in Preiserklärung, der sich darüber beschwerte, daß von der Leitung kein gemeinsamer Gottesdienst vorgesehen sei, wurde im Verlaufe der Debatte darüber von den Nationalsozialisten, die laut Programm der RSDAP Vertreter eines positiven Christentums sind, niedergedrückt.

Ein kulturpolitisches Aktionsprogramm

Die „Sozialistische Bildung“ veröffentlicht in ihrer Mainummer den Entwurf eines kulturpolitischen Aktionsprogramms. Es entstand in einer mehrmonatigen Arbeitsgemeinschaft von Genossen, die in Partei, Gewerkschaft und in der öffentlichen Verwaltung auf kulturpolitischem Gebiet verantwortlich tätig sind. Weitere Kreise der Parteigenossenschaft seien auf den Entwurf hingewiesen. Manches einer wird einwenden, es wäre jetzt nicht die Zeit, kulturpolitische Fragen zu erörtern. Der tobende politische Kampf erfordert alle Kräfte. Ganz gewiß. Aber gerade im Kampf ist Klarheit über das Ziel, für das man kämpft, wichtiger denn je. Das Endziel ist sozialistische Kultur. Dieses Bewußtsein darf über tatsächlichen und politischen Bemühungen nicht verloren gehen.

Die Verfasser des Entwurfs haben die Einzelsforderungen in ein grundsätzliches Bekenntnis zur sozialistischen Kultur einzubetten versucht. Sozialistische Kultur ist für sie kein hochtrabendes System dogmatischer Formulierungen. Ihre Grundlagen sind einfach, wie jede Wahrheit. „Der Mensch darf nie zum Mittel entwürdigt werden. Die Wirtschaft hat dem Menschen zu dienen, nicht dem einzelnen, sondern der Gesamtheit des Volkes. Die kapitalistische Wirtschaft ist zu diesem Dienst ihrem Wesen nach nicht fähig. Erst die planmäßige Erzeugung und Verteilung der Güter im Sinne sozialistischer Bedarfsdeckungswirtschaft eröffnet den Weg zu einer neuen einheitslichen Kultur.“

Der Liberalismus hat das „Menschentum“ in seiner Weise betont und hat uns glauben machen wollen, daß im freien Spiel der Kräfte die „Entfaltung wahren Menschentums“ gesichert sei. Wir wissen, daß dieses freie Spiel der Kräfte einigen Wenigen — und nicht immer den Besten zur Höhe verhilft — und ihnen eine Macht verleiht, die sie, im Konkurrenzkampf geschult,

Die Mahnung, die ein Vorstandsmitglied zu Beginn der Tagung vorsorglich aussprach — er warnte vor dem billigen Ruf „mehr Sachlichkeit“ —, erwies sich als überflüssig, denn an sachlichen Fragen standen lediglich das Problem der Arbeitslager und des Arbeitsdienstes und das Studentenrecht auf der Tagesordnung. Man machte es sich in beiden Fällen leicht. Der deutsche Studententag forderte in einem Antrag von den Regierungen,

daß ab 1. April 1933 zum Studium nur noch zugelassen werde, wer sich mindestens ein Jahr im Arbeitsdienst betätigt habe.

Auch Stipendien sollen nur noch nach solcher Bewährung verteilt werden.

Die Stellung der Deutschen Studentenschaft zur Frage des Studentenrechts war ja mit Zunahme des nationalsozialistischen Einflusses immer unsachlicher geworden. Die Nazistudenten forderten neue Studentenschaften, die das Recht der gesetzlichen Vertretung aller Studenten erhalten sollen, die jeden Studenten mit einem Zwangsbeitrag belegen dürfen, in die aber nur „Vollsbürger“ aufgenommen werden. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß der bekannte österreichische Antisemit Graf Gleispach, der Schöpfer des Wiener Studentenrechts, das bekanntlich von den österreichischen Gerichten als geschwidrig außer Kurs gesetzt worden ist, den Plan der Deutschen Studentenschaft ausgearbeitet hat. Solange die „Führer“ der akademischen Jugend und einige Professoren, die sich heute schon als Bürger des Dritten Reiches fühlen, solche Pläne aushecken, braucht das die Öffentlichkeit nicht weiter zu erregen. Wenn aber eine deutsche Regierung die Zusage gibt, diese Idee in die Wirklichkeit umzusetzen, so muß diese Tatsache alle, die es mit der Freiheit des Geistes ernst nehmen, auf den Plan rufen.

Die Regierung von Mecklenburg-Schwerin hat in einem Telegramm an den Studententag erklärt, daß sie das neue Studentenrecht bei der Universität Rostock durchzuführen werde.

Auch die Disziplinargerichtbarkeit für Studenten wird von der Universität auf die neue, reinrassige Studentenschaft übertragen. Nach den Plänen der Nazistudenten und ihrer ministeriellen Gönner in Mecklenburg-Schwerin wird die studentische SA auch das Recht erhalten, Professoren abzulehnen, an deren moralischen, sittlichen und nationalen Qualitäten sie zweifeln. Was man bisher durch Terror und Radaufzügen nicht erreicht hat, glaubt man jetzt über die Länderregierungen erreichen zu können: Deutschlands Universitäten sollen SA-Kasernen werden. An die Stelle freier Forschung und Lehre tritt die Drillanstalt für die kommenden Führer des Dritten Reiches. Die Pläne der Nationalsozialisten in Rostock stehen

im Widerspruch zur Reichsverfassung.

Man darf gespannt sein, ob die Herren in Mecklenburg-Schwerin es wagen werden, sie trotzdem durchzuführen.

Glücklicherweise zeigt es sich mehr und mehr, daß das selbstbewußte Auftreten der Nazis in immer stärkerem Gegensatz zur politischen Entwicklung der gesamten Studentenschaft gerät. Die erste Antwort auf den Königsberger Studententag haben die Studenten der Universität Königsberg selbst erteilt. Wenige Tage nach Schluß dieser Veranstaltung fanden die Wahlen zur dortigen Deutschen Studentenschaft statt. Hierbei bezogen die Nationalsozialisten eine glatte Niederlage, die für sie um so blamabler ist, als sie unter den Nachwirkungen des Studententages auf eine sichere Mehrheit hofften. Sie verloren von ihren 1500 Stimmen des Vorjahres rund 500.

Die Sozialistische Studentenschaft wird die Klärungsarbeit auf den Hochschulen weitertreiben. Die Nationalsozialisten sind bisher nicht zu ihrem Ziel gelangt, und auch der Versuch, über die Länderministerien den Einfluß der linken Studenten zu beseitigen, wird scheitern. Die deutsche Arbeiterschaft aber wird den Vorgängen auf den Hochschulen größte Beachtung schenken müssen.

zur schärfsten Unterdrückung und Ausbeutung ihrer Mitmenschen verwenden. Darauf, daß einem unter vielen sein vielleicht „überragendes Menschentum“ gesichert sei“, kommt es nach dem Entwurf aber gar nicht an, sondern darauf, „daß jeder einzelne in der Gesamtheit als Mensch im wahren Sinne des Wortes zu leben vermag.“

Als Mensch im wahren Sinne des Wortes leben, heißt aber nicht seine Begabungen und Fähigkeiten für sich entwickeln, sondern sie in den Dienst der Gesamtheit stellen. „Das Menschentum aller ist nur gesichert, wenn jeder sich unter Zurückstellung seiner Sonderinteressen mit seiner ganzen Existenz für die Gesamtheit einsetzt. In diesem Sinne ist die Arbeiterbewegung Kulturbewegung von größtem geschichtlichen Ausmaß.“ Der Sozialismus will das Individuum nicht unterdrücken, er will keine öde Gleichmacherei, keine Uniformierung des Geistes — im Gegenteil, er will höchste Entwicklung desselben — aber nicht um des Individuums, sondern um des Dienstes an der Gesamtheit willen. Aufgabe des Werktätigen „ist es daher, die scheinbare Freiheit des dem ungezügeltten Existenzkampf preisgegebenen Menschen durch die kollektive Freiheit der solidarisch verbundenen Gesellschaft zu ersetzen. Sie haben das wirtschaftliche, politische und kulturelle Leben den Geboten der Menschlichkeit und der Solidarität entsprechend zu formen.“

Als letztes Ziel steht den Verfassern die neue, einheitsliche Kultur der sozialistischen Gesellschaft vor Augen, die keinen geistig terrorisiert, die aber durch ihre überzeugende Kraft alle in einem einheitlichen Denken und Wollen erfäßt. Sie gibt ihnen in diesem Denken und Wollen den inneren Halt, den der einzelne in einer Epoche individualistisch-liberalistischer Zersplitterung verloren hat — und stellt jedem im Rahmen der von der einheitslichen Kultur geordneten Mannigfaltigkeit die seiner Eigenart entsprechende Aufgabe. „Alle Kräfte der Zeit, die um den Aufbau der sozialistischen Kultur und Gesellschaft kämpfen, sind der Gesamtbewegung des Sozialismus einzufügen.“ Das gilt für Menschen ebenso wie für die Völker.

Denn auch im Völkerverleben ist sozialistische Kultur nicht mit internationaler Uniformierung gleichzusetzen.

„Die nationale Kultur des Volkes ist die Grundlage für die kulturelle Neugestaltung. Die Gesamtkultur der Menschheit verwirklicht sich in den Kulturen der einzelnen Völker. Diese haben in ihrer besonderen Eigenart der Gesamtkultur der Menschheit zu dienen. Der Sozialismus lehnt daher jede kulturelle Abschließung und Einseitigkeit ab.“

Die Einzelsforderungen, die als Aktionsprogramm für die Arbeit der nächsten Zeit aus dieser, an dem Gesamtbild der sozialistischen Kultur orientierten Grundauffassung abzuleiten sind, erstrecken sich auf die Probleme der Schulreform — von der Grundschule bis zur Berufs- und Fachschule, von der höheren Schule bis zur Hochschule, auf die Probleme der Erwachsenenbildung, des Bücherwesens, des Films und Rundfunks und der Maßnahmen gegen die geistigen und seelischen Gefahren der Arbeitslosigkeit. Die Verfasser haben sich, wie sie versichern, absichtlich auf gegenwartsnahe Forderungen beschränkt — „und waren sich bewußt, daß auch hierbei eine Reihe von Fragen, die sie gar nicht oder nur sehr kurz behandelt haben, noch weiterer Klärung bedürfen, um zu zielführenden Forderungen zu führen“. Trotzdem ist die Fülle der vorgebrachten Einzelheiten so groß — und die Formulierung, die in jedem Satz Wesentliches hineinzwingt so konzentriert, daß es ein Unrecht gegen das Ganze wäre, wollte man willkürlich den oder jenen Gedanken herausgreifen. Der Zweck dieses Aufsatzes ist erreicht, wenn er den kulturpolitisch interessierten Leser — und jeder Sozialist mußte es sein — veranlaßt, sich den Programm-entwurf vom Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit (Berlin, Lindenstr. 3) zu beforgen und ihn zur Grundlage einer Diskussion im Freundeskreis zu machen. Die Verfasser werden für Stellungnahme, die an die Redaktion der sozialistischen Bildung zu richten ist, sicherlich sehr dankbar sein, denn aus der vorangestellten redaktionellen Notiz geht hervor, daß sie eine Diskussion auf kritischer Grundlage wünschen. E.

Stadtrat W. Friedländer, Berlin: Arbeitslose Jugend

Mit der ständig anwachsenden Zahl der jugendlichen Erwerbslosen hat man sich allgemein auch stärker mit dem Problem beschäftigt, wie die seelische Haltung dieser jungen Menschen sich gestaltet, die gegen ihren Willen aus dem Beruf und der produktiven Arbeit herausgedrängt sind und jetzt kaum die Hoffnung haben können, in absehbarer Zeit wieder eine schaffende Tätigkeit auszuüben. Mit solchen psychologischen Betrachtungen ist im allgemeinen den jugendlichen Arbeitslosen nicht viel gedient; dennoch muß es sehr befremden, daß von karitativer Seite, und zwar von Persönlichkeiten, die sich mit dem Hilfswort für die jugendlichen Arbeitslosen beschäftigen, merkwürdige Auffassungen über die seelische Lage der jugendlichen vorgebracht werden. So hat vor kurzem Dr. H. C. Hengstenberg in Solingen in der Zeitschrift „Jugendwohl für katholische Kinder und Jugendfürsorge“ ausgeführt, daß die jugendlichen Arbeitslosen sich als mißhandelt, entrechtet und heimatlos fühlen und immer Hilfe von außen erwarten. Die Arbeitslosigkeit sei zur Weltanschauung geworden. Dr. Hengstenberg nennt dies eine typische „proletarische“ Gesinnung. Der jugendliche Arbeitslose habe es schwer, den Sinn und die Berechtigung einer geistigen Auseinandersetzung zu verstehen, die ganz ohne unmittelbare äußere Zwecksetzung geschieht, weil bei ihm der Gesichtspunkt vorherrscht, praktische Lebensziele zu erreichen. Es tritt deshalb eine Saad nach irdischen Erfolgen ein und es bestände Unfähigkeit, etwas schlicht gegenwärtig zu nennen und sich daran zu halten. Als eigentliches proletarisches Moment komme zu diesen Gedanken hinzu ein eigentümlicher Fatalismus. Die jugendlichen Erwerbslosen leben in der unerfüllbaren Voraussetzung, daß alle anderen Berufsgruppen ihnen prinzipiell unrecht täten. Es könne gar nicht anders sein, die Welt bestände nur aus Unterdrückern und Knechten. Wenn man ihnen von Freiheit, Erlösung und allem Schönen im Geiste spräche, hätten sie dafür nur ein Lächeln und verstanden alles sofort als Ausdruck des Unterdrückerwillens oder des Unterdrücktenhasses. Solche Proletarier seien gegen jede „geistige Beeinflussung“ taub und unfähig, Mängel in ihrem tieferen inneren Zusammenhang zu verstehen. Sie hätten eine „Gerechtigkeitsempfindlichkeit“ und glaubten, irgend jemand müßte ihnen das Leid ungerechterweise zugefügt haben. Am schwersten könnten diese Proletarier begreifen, daß man nur in einer geistigen Gemeinschaft diese Leibelstände bekämpfen könne und daß es andererseits auch eine Gemeinschaft mit negativen Vorzeichen gäbe, die man mit weltanschaulichen Waffen bekämpfen müsse. Die Proletarier „verkennen überhaupt die geistigen, weltanschaulichen Faktoren“ in den heutigen sozialen und wirtschaftlichen Gegensätzen. Auch das Wort Kapitalismus verstanden die Proletarier nicht und befeindeten mit dem Kapitalismus den Besitz und das Eigentum überhaupt, sofern es nicht zufällig ihnen gehörte. Der Stand der Werttätigen sei der zersplitterteste und der gemeinsten aller Stände, sei skeptisch gegen eine echte Gemeinschaft als Bestimmungsgemeinschaft, wie z. B. die Kirche. „Der Mangel an Sinn für echte Gemeinschaft“ sei der hervorsteckendste Zug des Proletariats. Er wartet nicht, bis er das genügende Wissen in den grundlegenden Zusammenhängen habe, weil er nicht an die Macht des Geistigen glaubt und daher der Parteibege und den Parteiverprechungen anheimfällt.

Eine Widerlegung dieser einseitigen und von völliger Ahnungslosigkeit gegenüber der wirklichen psychischen Lage der Arbeiterschaft jugendlichen Ausführungen erscheint kaum erforderlich. Es ist fest unbegreiflich, daß eine Persönlichkeit, die mit jugendlichen Arbeitslosen zu tun hat, die grundlegenden Gedanken, die alle Kreise der Arbeiterschaft bewegen, so vollständig mißverstehen kann, wie dies hier geschieht. In jeder Gruppe von jugendlichen Arbeitslosen entwickelt sich gerade ein Gemeinschaftsgefühl auf dem Boden der Solidarität der Arbeiterschaft, wie es selbst in einem Betriebe kaum in solcher Stärke üblich ist. Die Gedanken des Dr. Hengstenberg lassen sich wohl nur verstehen, wenn man seine fanatische Abneigung gegen den Marxismus, d. h. gegen jede sozialistische Idee in Rechnung setzt, die ihm offensichtlich als eine schwere Gefahr für die Kirchengläubigkeit der arbeitslosen Jugendlichen erscheint. So dringen ein umfassendes Hilfswort für die jugendlichen Arbeitslosen ist, über das wir kürzlich an dieser Stelle gesprochen haben, so sehr muß davon gewarnt werden, daß Menschen einer geistigen Haltung auf die jugendlichen losgelassen werden, die eine völlige Verständnislosigkeit für die Psyche des jungen Arbeiters mitbringen, wie sie die besprochene Abhandlung beweist.

